

# Hilfe zur Selbsthilfe

## Soziale Sicherheit JA, soziale Hängematte NEIN

Wer wirklich Hilfe braucht, soll Hilfe bekommen. Es kann aber nicht sein, dass vor dem Hintergrund explodierender Sozialausgaben der ehrliche Arbeiter und Steuerzahler die Zeche für Arbeitsverweigerer, Simulanten und eine verfehlte Migrationspolitik zahlen muss. Jede Hilfestellung soll in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe und keine Dauerunterstützung sein. Nur so kann ein Anreiz, wieder auf die Füße zu kommen und sich staatlich und gesellschaftlich zu reintegrieren, geschaffen werden.



## Pflegefall darf nicht automatisch zum Sozialfall werden

Wir begrüßen ausdrücklich die Aufhebung der Kostenersatzpflicht für Kinder, das Außerachtlassen eines kleinen Barvermögens und Eigenheimes sowie die Liberalisierung bei Schenkungen im Rahmen des Sozialhilferegresses. Ein Pflegefall darf nicht automatisch zum Sozialfall werden. Wir dürfen aber nicht auf die zahlreichen Frauen vergessen, die unter großen Entbehrungen Familienangehörige zu Hause pflegen. Diese Frauen leisten wertvollste Familienarbeit und verdienen unseren größten Respekt. Wir fordern in diesem Zusammenhang Zeiten von Pflegearbeit pensionsrechtlich besser zu berücksichtigen.

## Mindestsicherung bedarfsgerecht

Wir sprechen uns gegen eine generelle staatliche Mindestsicherung aus. Staatliche Unterstützung soll der Armutsbekämpfung dienen und sich am tatsächlichen Bedarf des Einzelnen orientieren. Eine Mindestsicherung nach dem Gießkannenprinzip ist menschlich ungerecht und leistungsfeindlich.

## Beruf und Familie vereinbaren

Gerade Alleinerzieherinnen sind oftmals von Armut bedroht. Für sie speziell gilt es, ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen zur Verfügung zu stellen, um sie aus der staatlichen Abhängigkeit zu befreien.

## Migrationspolitik neu

Eine gegenüber der österreichischen Bevölkerung vertretbare und verantwortungsbewusste Migrationspolitik hat sich in Zukunft an den Bedürfnissen des österreichischen Arbeitsmarktes zu orientieren. Wer Menschen ins Land holt, ohne ihnen Arbeit und Wohnung bieten zu können, schafft sich selbst Sozialfälle und handelt grob fahrlässig.

### Dafür treten wir ein:

- Soziale Sicherheit und Hilfe zur Selbsthilfe
- Sozialmissbrauch bekämpfen
- Ein Pflegefall darf nicht automatisch zum Sozialfall werden – pflegende Angehörige pensionsrechtlich besser absichern
- Bedarfsgerechte Mindestsicherung statt Gießkannenprinzip
- Unterstützung für Alleinerzieherinnen (Kinderbetreuungsplätze und Unterhaltsvorschuss)
- Zuwanderungspolitik hat sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes zu orientieren